

Praktikum

Praktika dürfen keine prekäre Beschäftigung sein!

Im Jahr 2006 belegte der Begriff „Generation Praktikum“ den zweiten Platz bei der Wahl zum Wort des Jahres. Grund dafür war ein zunehmender Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten durch Unternehmen. In Deutschland hat sich ein „Praktikanten-Arbeitsmarkt“ herausgebildet, auf dem Arbeitgeber gezielt nach Studierenden sowie Absolventinnen und Absolventen suchen, die unentgeltlich oder zu einem geringen Gehalt zum Teil ein halbes Jahr lang auf einer Vollzeitstelle arbeiten ohne Aussicht auf eine Festanstellung. Ohne am grundsätzlichen Sinn und Zweck des Praktikums als Teil der Ausbildung zu zweifeln, muss in vielen Fällen von Ausbeutung im Rahmen eines Scheinpraktikums gesprochen werden. In Praktika sollen Studierende einen Einblick in die Arbeitswelt erhalten und praktische Erfahrungen sammeln. Sie sollen etwas lernen und Kontakte knüpfen und nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.

Was will die SPD?

„Ich sehe mit großer Sorge (...), dass eine Art Praktikamethode um sich greift, die nicht toleriert werden kann. Unternehmen, die Arbeit haben, sollen die Leute einstellen, ihnen Geld bezahlen - einen ordentlichen Lohn geben – und sollen sie nicht missbrauchen auf so genannten Praktikaplätzen.“

Franz Müntefering (SPD), Parteivorsitzender³⁶

Studierende sollen ins Berufsleben hinein schnuppern können, ohne ausgebeutet zu werden. Und Absolventinnen sowie Absolventen, die ihr Studium bereits abgeschlossen haben und ein Praktikum zur Überbrückung machen, sollen dafür anständig bezahlt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für die Schaffung fairer Arbeitsverhältnisse ein:

- Als erste Fraktion im Bundestag hat sie das Thema im Frühjahr 2006 problematisiert und unter dem Titel „Generation Praktikum – Vom Hörsaal in die Warteschleife“ eine öffentliche Konferenz abgehalten.
- In einem 9-Punkte-Diskussionspapier setzen wir uns für Mindeststandards bei der Einstellung von Praktikantinnen und Praktikanten ein. Dazu zählen eine angemessene Entlohnung, die zeitliche Begrenzung, Mentoren-Modelle, Qualifikations-Erwerb usw.
- Mit einer Kampagne „Nein zur Ausbeutung von Praktikanten“ haben wir Unternehmen, öffentliche Arbeitgeber, Hochschulen, Betriebs- und Personalräte und die Bundesagentur für Arbeit für das Thema sensibilisiert.

Was wollen CDU/CSU?

„Es bedeutet also einen hohen Arbeitsaufwand, wenn Praktikanten beschäftigt werden. Es muss viel erklärt und ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden; sehr viel Betreuung geht damit einher. (...) Deswegen machen Praktikanten in der Anfangszeit selbstverständlich mehr Arbeit, als sie dem Unternehmen im ersten Moment nutzen. Wenn wir all diese Hürden, die die Linken verlangen, aufbauen, dann wird aus der sogenannten Generation Praktikum eine Generation Theorie.“

Dorothee Bär (CSU), Bundestagsabgeordnete³⁷

CDU und CSU lassen die Praktikantinnen und Praktikanten hängen. Die Problematik ist an der Union vollständig vorbei gegangen. Der Schutz der Studierenden vor Ausbeutung in der Arbeitswelt ist bei der Union kein Thema.

³⁶ Rede vor dem Deutschen Bundestag, 7. September 2006

³⁷ Rede vor dem Deutschen Bundestag, 24. Oktober 2007

Wie geht es weiter?

Die SPD-Bundestagsfraktion will für Praktikantinnen und Praktikanten faire Bedingungen schaffen. Unsere Forderungen sind:

- Praktika müssen von Arbeitsverhältnissen klar abgegrenzt werden.
- Praktikantinnen und Praktikanten, die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, sollen auch die übliche Vergütung erhalten.
- Eine neue „Stiftung Praktikum“ soll vorbildliche Praktika-Anbieter mit dem Gütesiegel „Faires Praktikum“ auszeichnen.
- Die Grauzonen oder Regelungslücken im Arbeitsrecht und Berufsbildungsgesetz müssen geschlossen werden.
- Für Praktikaverträge soll zwingend die Schriftform eingeführt werden, so dass genaue Lernziele vereinbart werden können.